



Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnis

Internationaler Frauentag

HINTERGRÜNDE · BERICHTE · AKTUELLES · PROGRAMM

روز جهانی زن | International woman's day | يوم النساء العالمي | Hemu roja jina ciyane | Ngày Quốc tế Phụ nữ | международный женский день | el día internacional de la mujer | Dünya kadınlar günü

EDITORIAL



LIEBE LESER*INNEN,

da ist sie wieder – die Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnisses. Verlässlich etwa 4 Wochen vor dem Internationalen Frauentag am 8. März hat sie die Druckerei altmodisch in Papierform verlassen und ist auch fortschrittlich im Netz verfügbar (nds.rosalux.de). Wir wünschen viel Freude damit und freuen uns über (kritische) Rückmeldungen!

Als wir uns zusammensetzten für diese Ausgabe, kamen wir schnell überein: wir sehen die Demokratie bedroht, vor allem durch die rechtsextremistischen Parteien, die sich (nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland) auf Erfolgskurs befinden, mit immer zahlreicher werdenden Mandaten in den kommunalen Parlamenten, in Landtagen und im Bundestag längst wirkungsvoll die bundesdeutsche Politik mit bestimmen – demokratisch legitimiert, mit Regierungseteiligungen im Visier. Wir sahen auch, dass diese Entwicklung immer häufiger in Politik und Medien mit der Sorge um die Demokratie aufgegriffen wird. Seit den so überraschend großen wie begrüßenswerten Demonstrationen seit Ende Januar im ganzen Land ist die Demokratiefrage in aller Munde.

Aber was verstehen wir als Demokratie? Wir können diese große Frage in unserem Rahmen nicht beantworten. Aber schnell konnten wir uns darüber verständigen, dass in den Debatten um Demokratie die Frage nach den Geschlechterverhältnissen fehlt – auch jetzt in den Massenprotesten. Aber wir haben gerade auch vom feministischen Standpunkt aus viel Kritik an der Wirklichkeit, den konkreten Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft. So haben wir den Zusammenhang von Feminismus und Demokratie zum diesjährigen Themenschwerpunkt gemacht, frech und provokativ mit der Behauptung »Ohne Feminismus keine Demokratie«.

Demokratie? Feminismus? Wir haben damit zwei nicht genau bestimmte Wörter in die Bündnisrunde geworfen mit der Hoffnung, dass sie Anstoß für viele geben, je nach ihren Überzeugungen, Haltungen, Projekten einen Beitrag für die Zeitung zu schreiben.

Die Hoffnung ist aufgegangen, das Ergebnis liegt in erwarteter Vielfalt vor. Lesen und urteilen Sie selbst!

Das Hannoversche Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag 2024

Anmerkung zur Schreibweise: Mit dem Stern soll im Sinne der Sichtbarmachung in der Sprache ein Raum für Geschlechtsidentitäten jenseits von »Mann« und »Frau« eröffnet werden.

Von rückwärts nach weit

Plädoyer für die Wiedergewinnung einer feministischen Utopie von Frauen für alle Menschen

Jutta Meyer-Siebert

Mit dem Slogan »Ohne Feminismus keine Demokratie« hat die Gruppe des Hannoverschen Bündnisses zum Internationalen Frauentag, die das Thema für die diesjährige Zeitung im Herbst 2023 kollektiv erarbeitet hat, einen kämpferischen Knaller gesetzt angesichts einer Welt, die auf vielen Feldern gleichzeitig von Kriegen, Zerstörung, Terror und Unmenschlichkeit gekennzeichnet ist wie lange nicht zuvor.

In dieser Lage nun der Kampf »Ohne Feminismus keine Demokratie« unseres kleinen, aber hartnäckig seit mehr als 30 Jahren sich behauptenden und mit einer jährlichen Zeitung eingreifenden 8.-März-Bündnisses in Hannover, das politisch agierende und beruflich tätige Vertreterinnen von frauenpolitischen Initiativen versammelt. Sie wissen, welchen Ungerechtigkeiten und Nöten viele Frauen auch heute noch in unserem demokratischen Staat ausgesetzt sind, in dem die Würde der Menschen und explizit die Gleichberechtigung von Männern und Frauen grundgesetzlich festgeschrieben sind. Sie wissen, dass Demokratie nicht verwirklicht ist, dass sie gegen patriarchal getriebene Windmühlen agieren.

Aber statt Resignation wirft dieses kleine Bündnis seinen Blick nach weit und fokussiert auf Widerstand, der weitgehend von Frauen angeführt ist. In autoritär-patriarchalischen Regimes wie z.B. Iran oder Afghanistan, in denen Frauen in eine Existenzweise (zurück) gedrängt werden sollen, in denen ihnen mit brutaler Staatsgewalt verwehrt wird, auch als Frauen Mensch zu sein, kämpfen sie unter Einsatz ihres Lebens: Frauen Leben Freiheit. Aber auch in Polen, wo sich aus einer formal repräsentativen Demokratie ein autoritäres Regime herausgebildet hatte, waren es die Frauen, die mit massenhaftem Protest gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts, mit der ihnen die eh schon eingeschränkte Verfügung über ihre Körper voll genommen werden sollte, den im Winter 2023 erfolgten Regimewechsel angestoßen haben, der mit paritätischer Besetzung der Regierung mit Männern und (z.T. feministisch bewegten) Frauen auch gleichstellungspolitisch erfolgreich zu sein scheint.

Ohne Feminismus also keine Demokratie? Dies für alle Befreiungskämpfe in der globalen Welt als geltend zu behaupten wäre anmaßend. Der Slogan entspringt unseren frauenbewegten Erfahrungen in der westlich liberalen Demokratie. Aber zugleich verweist er darauf, dass dieser etwas fehlt, dass es Demokratie nicht nur schon gibt, sondern auch noch werden muss. Aber wie würde eine Demokratie aussehen, in die Feminismus aufgenommen und mit zum Tragen gekommen ist? In meinem Verständnis von Feminismus können wir uns einer Antwort auf diese Frage mit einem Blick weit zurück annähern und die daraus gewonnenen Einsichten nach vorne

in eine Zukunft wenden, die noch utopisch ist. Aber die Utopie hängt nicht im Himmel, sondern lässt sich historisch aus den Praxen der Menschen erschließen, die ihre Geschichte selbst gemacht haben, wenn auch nicht aus freien Stücken.

Vom feministischen Standpunkt geht der Blick weit zurück und fällt auf die Arbeitsteilung der Geschlechter, die die Menschheitsgeschichte von Beginn an bestimmt hat. Er erkennt das utopische Potenzial in den Fähigkeiten und Erfahrungen, die die Tätigen in dem Bereich der Sorge für die Entwicklung der Menschen selbst, der »Produktion des Lebens«, herausgebildet haben. Es waren und sind bis heute überwiegend Frauen.

Wir wissen alle, dass dieser Bereich in seiner Bedeutung für gesamtgesellschaftliche Reproduktion marginalisiert, dem privathäuslichen und den dort umsonst arbeitenden Frauen zugewiesen war – und ist. Zugleich wurde damit die Unterwerfung der Frauen und ihr Ausschluss von der allgemeinen Regelung von Gesellschaft festgeschrieben. Das Menschsein als eigentlich zu entwickelnder Zweck von gesellschaftlicher Arbeit wurde dem Bereich der »Produktion der Mittel zum Leben« untergeordnet, in dem (zunächst) hergestellt worden ist, was den Menschen das (Über)Leben erleichtert hat. In immer weiteren Arbeitsteilungen hat sich dieser Bereich mit einer ungeheuren Dynamik entwickelt, die (spätestens im Kapitalismus) dem Profitprinzip entspringt, das mittlerweile alle Lebensbereiche, auch den der »Produktion des Lebens«, durchdringt.

Im weiten Blick können wir die weltweiten Krisen, die die Menschheit bedrohen, als Resultat einer kapitalistischen Produktionsweise begreifen, die nur auf einem Bein steht – dem der »Produktion der Lebensmittel«. Der Bereich des Menschlichen wird entmenschlicht, indem etwas nur Wert hat und vorangetrieben wird, einschließlich des Menschen selbst als homo oeconomicus, wenn es Profit bringt.

Zugleich – und hier liegt auch Hoffnung – führt die immer vorstellbarer werdende Vernichtung der Welt zu dem allmählich lauter zu vernehmenden Ruf innezuhalten, weil es so nicht weitergehen kann. Und genau dies könnte doch das historische Moment sein für eine feministische Offensive, die als immer noch uneingelöstes Pfund die in dem Bereich der »Produktion des Lebens« erworbenen Fähigkeiten mit »Wumms« auf die Tagesordnung bringt, um unsere Produktions- und Lebensweise auf zwei Beine zu stellen, also – wie Frigga Haug, die Grand Dame des Marxismus-Feminismus, es formuliert – »die beiden Produktionen, die des Lebens und die der Lebensmittel, zum Ausgangspunkt zu nehmen und ihren organischen Zusammenhang so anzugehen, dass keines über das andere hierarchisch angeordnet ist und das Leben selbst zum Abfallprodukt seiner Mittel wird.«



Foto: privat

Was bedeutet das für unsere Perspektive von Demokratie? Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Joan Tronto schlägt vor, für die Gestaltung einer anderen Demokratie von der Beziehungsfähigkeit auszugehen, die Frauen in ihrer Jahrhunderte alten Praxis herausgebildet haben, und Demokratie (gerade auch die parlamentarische) allgemein als »fürsorgliche Praxis« durchzusetzen. »Auf der allgemeinen Ebene ist Fürsorgen eine Gattungstätigkeit, die alles umfaßt, was wir tun, um unsere »Welt« so zu erhalten, fort dauern zu lassen und wiederherzustellen, daß wir so gut wie möglich in ihr leben können. Diese Welt umfaßt unseren Leib, unser Selbst und unsere Umwelt, die wir in einem komplexen, lebenserhaltenden Netz miteinander verflechten.«

Ihre Hoffnung ist, dass in einer solchen Praxis sich die Menschen verändern und eine andere Gesellschaft aufscheint.

Für Frigga Haug ist (mit Karl Marx) Selbstveränderung der Individuen unabdingbar notwendig für die Veränderung von Gesellschaft, die die bestehenden Strukturen überschreiten will. Eine Orientierung für eine solche Politik hat Haug mit ihrer Utopie der 4in1-Perspektive vorgeschlagen, einer Gesellschaft, in der alle Zeit und die Möglichkeit haben, ihre Standbeine in Bewegung zu halten und sich in allen Bereichen zu betätigen, die das Leben ausmachen und notwendig für den Zusammenhalt von Gesellschaft sind: Erwerbsarbeit, Fürsorge für kleine, kranke und alte Menschen, eigene Entwicklung und politische Gestaltung der Gesellschaft. Wenn alle in der Lage sind, sich ihr menschliches Wesen vollständig anzueignen, werden sie sich verändern.

Das ist konkrete Utopie. Wir können damit beginnen, sie in den gegebenen Verhältnissen (unserer Projekte) umzusetzen. Die Perspektive wäre eine Demokratie »von unten«, in der die Entwicklung der Einzelnen die Voraussetzung für die Entwicklung aller ist. Eine Utopie von Frauen für alle! ■

¹ F. Haug, Der im Gehen erkundete Weg, Hamburg 2015, 358

² J. Tronto, feministische studien extra, 2000

Internationales
Frauenfest*
8. MÄRZ

Freitag, 8. März
16.30 Uhr
Kargah-Haus und
Faust-Warenannahme,
Zur Bettfedernfabrik 1,
30451 Hannover

**WAS UNS
STÄRKT!**

Eine ausführliche
Beschreibung findet ihr
im Programmteil!

nur für Frauen

Veranstalterinnen*:
LaRosa – Internationaler
Frauentreff/kargah e.V.

Der Weg zur Befreiung der afghanischen Frauen



Foto: RAWA.org

Lida Ahmad/Internationale Frauengruppe LaRosa/Kargah

Im August 2021 brach die afghanische Regierung, die die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten und anderer großer Weltmächte hatte, plötzlich innerhalb weniger Tage zusammen, und die Taliban, die seit 2013 mit der amerikanischen Regierung verhandelt hatten, übernahmen die Macht. Dieser Sturz war nicht nur der Sturz einer Regierung oder eines politischen Systems, sondern auch der Sturz und die Zerstörung der sozialen und kulturellen Struktur, die sich in der afghanischen Gesellschaft trotz vieler Hindernisse und Probleme langsam gebildet hatte.

Der plötzliche Ansturm von Tausenden von Menschen auf den Flughafen von Kabul, die aus Afghanistan fliehen wollten und dabei sogar riskierten, an den Tragflä-

chen von Flugzeugen zu hängen, schockierte die Welt. Alle wollten dem Taliban-Monster entkommen, Frauen, Männer und Kinder, denn jeder konnte sich die dunkle Zukunft Afghanistans vorstellen. Obwohl Amerika und seine Stellvertreterregierung in Kabul seit 2018 sorgfältig und kalkuliert Propaganda für die Taliban machen und dabei die Bedeutung des Friedens und seine Vorteile betonen, haben sie dann verkündet, dass die Taliban sich verändert haben und nicht mehr dieselbe Art von Frieden wollen und es zu erwarten sei, dass sich die gewalttätige und frauenfeindliche Herrschaft der ersten Tage ihrer Herrschaft in den neunziger Jahren wiederholt.

Heute, zwei Jahre und ein paar Monate nach der Rückkehr der Taliban an die Macht, haben die afghanischen Frauen mehr als alle anderen die Lügen und die

haltlose Propaganda der Presse durchschaut, die die Taliban als verändert und modern darstellen will.

Afghanistan ist das einzige Land der Welt, in dem Mädchen weder zur Schule noch zur Universität gehen dürfen. Sie dürfen nicht ohne einen männlichen Begleiter reisen und Frauen können nicht ohne einen Scharia-Mahram (Verwandter) ins Ausland reisen. Darüber hinaus dürfen Frauen weder in staatlichen noch in nichtstaatlichen Ämtern arbeiten, selbst Friseurinnen und Bäckerinnen sind nicht zugelassen. Die Taliban haben ihre gewalttätige und frauenfeindliche Herrschaft in Afghanistan erneut bekräftigt.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 griffen westliche Länder unter Führung der Vereinigten Staaten Afghanistan an. Sie behaupteten, die Taliban seien

Terroristen und würden die Rechte der afghanischen Frauen verletzen. Amerika und die NATO haben Afghanistan im Namen des Krieges gegen den Terrorismus erobert, aber in der Praxis haben sie Dschihadistengruppen an die Macht gebracht, die sich nicht wesentlich von den Taliban unterscheiden. Neben der Bekämpfung des Terrorismus setzten die Vereinigten Staaten die Errichtung eines demokratischen und stabilen Systems und die Befreiung der afghanischen Frauen ganz oben auf ihre Agenda. Doch leider stand Afghanistan in den zwanzig Jahren amerikanischer und anderer Länderpräsenz in Afghanistan trotz der Millionen von Dollar, die dafür ausgegeben wurden, immer noch an der Spitze der Liste der Länder mit den höchsten Zahlen an Gewalt gegen Frauen.

Nach dem Sturz des Taliban-Regimes im Jahr 2001 haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Taliban durch eine Regierung ersetzt. Sie luden die in Amerika und Europa lebenden Führer von Dschihadistengruppen und Technokraten zu Gesprächen über eine Übergangsregierung in die Stadt Bonn in Deutschland ein. Bei diesem Treffen hatten die Führer der Dschihad-Parteien mehr Einfluss und erhielten mehr Privilegien bei der Verteilung der Macht, da die gebildete Regierung Schlüsselpositionen an Dschihad-Führer vergab, die in ihrem Denken und Handeln den Taliban ähnlich waren.

Das afghanische Volk und die afghanischen Frauen haben in diesen zwanzig Jahren eine fruchtbare Erfahrung gemacht, nämlich dass niemand und kein Land, auch nicht die Supermacht der Welt, einem Volk Rechte und Freiheit bringen kann. Ein Volk muss für seine Freiheit kämpfen. Es ist vielversprechend, dass die afghanischen Frauen jetzt an der Spitze des Anti-Taliban-Kampfes stehen und für ihre Rechte kämpfen. ■

Kontakt:
la.rosa@kargah.de

#Anzetteln

Auch zum aktuellen Zeitpunkt stellen Sexismus, Belästigung und auch Sexualisierte Gewalt ein großes Problem innerhalb der Gesellschaft dar. »78 Prozent aller Frauen haben schon sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum erlebt« oder »13 [Jahre] sind die meisten Betroffenen bei ihrer ersten Belästigung im öffentlichen Raum«. Diese Fakten sind leider Realität im Alltag von Flinta* Person. Mit Flinta* Personen sind Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen gemeint. Das Projekt »#Anzetteln«, welches von Studierenden der Hochschule Hannover im Rahmen eines Seminars durchgeführt wurde, beschäftigt sich mit der Sichtbarmachung von Alltagssexismen sowie sexueller Belästigung in der Öffentlichkeit. Durch Workshops und durch Werbung in den öffentlichen Verkehrsmitteln der ÜSTRA wurde durch Aufklärungsarbeit auf die Schwierigkeit von sexualisierter Gewalt, der sexuellen Belästigung und auf Catcalling aufmerksam gemacht. Statements wie »Meine Kleidung gibt dir kein Recht mich zu belästigen!« oder »Wenn ein Mann

Karriere macht, fragt niemand: »Und was machen Sie mit den Kindern?«, thematisieren Sexismus gegen Flinta* Personen.

Die Werbeplakate des Projektes #Anzetteln verfolgen dabei das Ziel, Sexismus zu thematisieren, um die Gesellschaft im Zusammenhang mit dieser Problematik zu sensibilisieren und auf unterstützende Einrichtungen wie das Hilftelefon »Gewalt gegen Frauen« oder das »Heimwegtelefon« für Betroffene zu verweisen. Diese Form der Bildungs- und Aufklärungsarbeit der Studierenden soll innerhalb der Gesellschaft für mehr Awareness, Achtsamkeit und Sicherheit sorgen, damit für Flinta* Personen in der Öffentlichkeit Schutzräume entstehen können. Flinta* Personen sollen sich durch Projekte wie das #Anzetteln empowert fühlen und Sexismus darf nicht weiter akzeptiert werden.

Auch weitere Projekte wie die Catcalls of Hannover, welche das Konzept verfolgen, sexuelle Belästigung am Tatort anzukreiden sowie in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen oder der Frauennotruf Hannover, haben sich für das #Anzetteln engagiert und das Projekt mit Beiträgen unterstützt. Sexualisierte Gewalt ist eine Problematik, welche alle Menschen der Gesellschaft betrifft und betreffen kann. Dabei sollten Handlungen, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht einer Person verletzen, nicht weiter verharmlost, privatisiert oder verschwiegen werden. Nicht alle



Foto: privat

Zahlen von betroffenen Opfern sind bekannt. An dieser Stelle soll drauf hingewiesen werden, dass eine große Anzahl an Gewalttaten hinter einer verschlossenen Tür, oft im eigenen Bekanntenkreis und im privaten Raum stattfinden und somit eine große Dunkelziffer existiert.

Die Arbeit der Studierenden, Expertinnen und der Fachkräfte ist großartig, wertvoll und wichtig, um sexualisierte Gewalt zu thematisieren, aufzuklären und für Prävention und Schutz zu ermöglichen. Vielen Dank fürs #Anzetteln! Vielen Dank für's Sichtbarmachen! ■

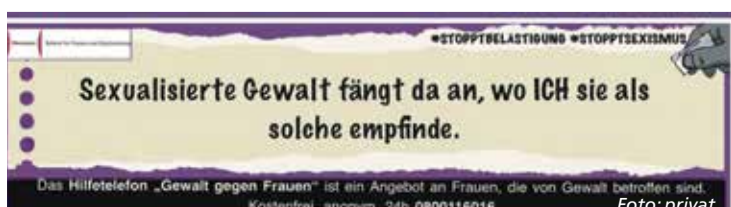


Foto: privat

Kontakt:
Instagram: anzetteln_
Telefon 030 12074182
info@heimwegtelefon.net

Gefahr Antifeminismus – Ein Kampf für die Demokratie



Foto: privat

Original von Sandra Ho¹, gekürzt und bearbeitet von Lilly Sasse

Kommt Ihnen diese Situation bekannt vor: Die beste Freundin postet etwas über tolle Periodenunterwäsche in den sozialen Medien. Daraufhin schreibt »TradWife8²« sexistische Kommentare und betont, dass »richtige« Frauen über »sowas« lieber schweigen sollten. »Adleralbert« heizt dabei gut mit an.

Oder das: Die neue »DragRace«-Staffel³ ist raus und ein paar Freund*innen treffen sich zum Public Viewing in einer Bar. Eine kleine Gruppe Menschen beklebt die Fenster von außen mit Stickern: »Stoppt den Gaga!« Sie behaupten, queere Sichtbarkeit in den Medien sei eine Gefahr für Kinder.

All das ist ätzend und verletzend. All das ist sexistisch, frauenfeindlich oder queerfeindlich. All das ist antiemanzipato-

risch, abwertend und wendet sich gegen den Alltag vieler Menschen. All das ist: **antifeministisch⁴**.

Nun mögen sich einige fragen, ob man dafür nicht lieber etablierte Begriffe wie Sexismus oder Trans- und Homophobie nutzen sollte. Ja, auch, denn sie sind Teil von Antifeminismus. Insbesondere Sexismus bietet die Grundlage für Antifeminismus. Sexismus beschreibt die Diskriminierung aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts. Egal ob individuell, institutionell oder strukturell – Sexismus ist in einer patriarchalen Welt irgendwie überall. Doch nicht alles Sexistische ist antifeministisch. Die genannten Alltagsbeispiele zeigen: Hinter antifeministischen Angriffen stecken fast immer organisierte Akteur*innen, die eine politische und ideologisch motivierte Botschaft senden. Auch wenn »TradWife8« wirkt wie eine

wütende Einzelperson. Diese Accounts können **Cyber- oder Trollmobs⁵** sein. Sie können sich hervorragend organisieren und dabei anonym bleiben.

Antifeminismus kann in zugespitzter Form den Weg für Gewalttaten und Hassverbrechen ebnen. Er hat ein beachtliches Radikalisierungspotenzial, online wie analog. Wichtig ist eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema. Aber das allein reicht nicht. Es braucht Solidarität. Antifeministische Akteur*innen wollen bewusst jene Stimmen mundtot machen, die sich kritisch, emanzipiert oder feministisch in der Öffentlichkeit äußern. Besonders hart trifft dieser Silencing-Effekt⁶ jene, die ohnehin mehrfach marginalisiert werden – Frauen of Color zum Beispiel, trans Personen und Sexarbeitende.

Antifeminismus konstruiert eine breite Palette an Betroffenengruppen zu Feindbildern. Doch darin liegt auch ein empowerndes Potenzial, und zwar für ebenso breite demokratische Bündnisse. Denn zusammen lässt sich einfacher Haltung zeigen.

Das kann übrigens auch geschehen, indem man emanzipatorische und (intersektional-)feministische Ideen einfach nur befürwortet. So bekommen die scheinbar vereinzelt Stimmen Rückenwind aus der breiten Masse – und der Nährboden für antifeministische Angriffe wird kleiner. Nicht jede*r muss selbst Aktivist*in sein, um sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Denen, die sich aktiv einbringen, den Rücken freizuhalten: Auch das ist wichtige Arbeit gegen Antifeminismus! ■

1 Der Artikel wurde am 08.03.2023 erstmalig bei der taz veröffentlicht.

2 »TradWife8« ist der typische Username eines anonymen Accounts im Internet. Die Namenswahl bezieht sich auf das Phänomen der »Tradwives«, die in Anlehnung an die 1950er Jahre das Bild traditioneller Hausfrauen vertreten, ihre Aufgabe in der häuslichen Sphäre sehen und für ihren Mann auf eine eigene Karriere verzichten (wollen).

3 »DragRace« ist eine Fernsehserie, in der Dragqueens gegeneinander antreten.

4 Antifeminismus-begegnen.de: »Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus, der Neuen Rechten, im Rechtsextremismus und anderen demokratiefeindlichen Phänomenen. Er verbreitete sich daher in den letzten Jahren ebenso, wie autoritäre, vielfaltsfeindliche und extrem rechte Bewegungen und menschenfeindliche Ideologien. Er fungiert als Brücke in die gesellschaftliche Mitte und trägt dazu bei, u.a. rechtsextreme und vielfaltsfeindliche Einstellungen, Haltungen und Ressentiments zu normalisieren, schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt die Demokratie.«

Im Originaltext führt der Link zur Meldestelle für Antifeministische Vorfälle: Expert_in über Hass gegen Frauen: »Antifeminismus als Einstiegsdroge« - taz.de.

5 »Cyber- oder Trollmobs« sind Bezeichnungen für Menschen oder Bots, die im Internet Online-Mobbing betreiben.

6 »Silencing« beschreibt den Mechanismus, der Menschen durch den ihnen entgegenkommenden Hass aus Angst verstummen lässt, insbesondere in öffentlichen Räumen.



Die im Text **gefetteten Wörter** führen in der Online-Ausgabe zu vertiefenden Inhalten. Der QR-Code führt zum Text in voller Länge.

Kontakt:
info@slu-boell.de

Kommentar zur Kampagne »Sexkaufverbot«

Dieser Text ist ein Beitrag zum innerfeministischen Diskurs über den Umgang mit Prostitution.

A. – Der vollständige Name ist der Redaktion bekannt

Wenn wir wirklich eine echte Demokratie in Deutschland besitzen, bzw. eine Gleichberechtigung zwischen allen Geschlechtern, wie können dann Systeme wie die der Prostitution in Deutschland über so viele Jahre hinweg legalisiert sein?! Würdeschutz – in Deutschland ist er im Grundgesetz verankert. Doch wenn es um Prostitution geht, scheint es sowohl die Gesellschaft als auch den Staat nicht sonderlich zu interessieren.

Es geht uns alle etwas an

Ob im Kaufhaus bei den Zeitschriften oder beim Kauf sexueller Dienstleistungen. Die sexuelle Befriedigung des Mannes ist jederzeit verfügbar. Schätzungsweise sind in der Prostitution 96–98% Frauen tätig, welche zu knapp 100% Cis-Männer¹ bedienen sollen.

Es sind Männer, die sich für Geld die Instrumentalisierung der Frauen zugunsten ihrer sexuellen Befriedigung erkaufen, Männer, die nicht selten sowohl verbale als auch physische Gewalt anwenden. Es sind Männer, die vorhin noch sexuelle Dienstleistungen genossen haben und dann in ihren Alltag als Ehemann, Vater oder Arbeitskollege zurückkehren. Jeder zweite Mann soll schon mal Prostitution in Anspruch genommen haben, sowie in Deutschland rund 1,2 Millionen Männer täglich eine Prostituierte aufsuchen. Und obwohl sie wissen, dass die meisten Frauen diese Tätigkeit nicht selbstbestimmt ausüben, nehmen sie das Recht der Frauen auf Autonomie, Freiheit und auf die sexuelle Selbstbestimmung. Sie verletzen die Würde der Frauen mit voller Gleichgültigkeit, denn ihre eigene sexuelle



Befriedigung hat oberste Priorität. Diese Objektifizierung der Frauen zur eigenen Befriedigung führt schließlich zu einem sehr frauenverachtenden Denken, bzw. Verhalten. Es fördert sexuelle Aggression und mindert die Hemmschwelle zu einer Vergewaltigung.

Die vielen Freier-Foren im Internet bestätigen dies. Dort bewerten Sexkäufer den gekauften Sex, feiern sich für Vergewaltigungen und äußern sich extrem respektlos über die Prostituierten. Durch dieses kollektive Machtgefühl fühlen sich die Freier bestärkt und die Objektifizierung der Frauen wird gefördert. Ob dieses sexistische Verhalten sich nur auf die Prostituierten bezieht, ist stark zu bezweifeln. Wenn ein Freier sich derartig frauenverachtend gegenüber Frauen in der Prostitution verhält, wird er dies dann nicht höchstwahrscheinlich bei allen anderen Frauen ebenso tun?

Der ewige Kampf gegen patriarchale Gewalt

Wie kann es also sein, dass dieses kriminelle Milieu über etliche Jahre hinweg Millionen von Frauen unterdrückt und aus-

Kontakt:
yl.prm@web.de

GANZTÄGIGE AKTION ZUM INTERNATIONALEN MÄDCHEN- UND FRAUENTAG AM 8. MÄRZ 2024: Spot zu Gewalt an Mädchen und Frauen im Fahrgastfernsehen

»Schieb den Gedanken nicht weg! Sexualisierte und körperliche Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* kann es auch in Ihrem Umfeld geben«

In Krisenzeiten wie den heutigen verschärft sich die Lage für Mädchen* und Frauen* weltweit zusehends. Wir erleben in unseren Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen täglich die Facetten und Folgen von sexualisierter, körperlicher, emotionaler und mittels digitaler Medien erlebter Gewalt an Mädchen* und Frauen*. Wir erleben auch ihren Mut und ihre Stärke, sich ein selbstbestimmtes Leben zu erkämpfen. Jede auf ihre Weise.

Mit unserer Aktion im Fahrgastfernsehen machen wir auf 19 Großbildschirmen in den acht stark frequentierten U-Bahnstationen sowie in allen Monitoren der Stadtbahnen dieses Thema den ganzen Tag über sichtbar. Wir machen auf unsere Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen aufmerksam und zeigen, wohin sich betroffene Mädchen und Frauen wenden können.

- Amanda – FrauenTherapie- und Beratungszentrum e.V.
- Autonomes Frauenhaus – Frauen helfen Frauen e.V.
- Frauen-Treffpunkt – Anlauf und Beratungsstelle e.V.
- Frauennotruf – Fachberatungsstelle für Frauen und jugendliche Mädchen e.V.
- Violetta – Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen e.V.

beutet. Wie kann es sein, dass Frauen sich ihre Rechte erkämpfen müssen und Deutschland als demokratischer Sozialstaat, indem Frauen gleiche Rechte wie Männer besitzen sollen, Systeme wie die Prostitution legalisiert werden und damit unwillkürlich Frauenhandel gefördert wird. In einem Kampf um Gleichberechtigung stellt ein Sexkaufverbot, bzw. die Einführung des nordischen Modells² die einzig richtige Lösung dar, um das derzeit menschenunwürdige System der Prostitution zu beenden. Keine Frau sollte jemals als Objekt sexueller Begierde gehandelt werden.

Wir müssen zusammenhalten, weitermachen und mehr einfordern, sodass keine Frau in diesem System gefangen ist. Es geht um unsere Rechte. Es geht um die Demokratie und Gleichberechtigung, die

wir wollen. Wenn wir nicht für unsere Rechte eintreten, wer tut es dann?! ■

¹Ein Cis-Mann ist jemand, bei dem das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht mit seiner Geschlechtsidentität übereinstimmt.

²Das nordische Modell ist ein Ansatz zur Regulierung der Prostitution, welcher zuerst 1999 in Schweden eingeführt wurde. Dabei wird der Kauf sexueller Dienstleistungen kriminalisiert, jedoch nicht der Verkauf sexueller Dienstleistungen. Ziel ist es, die Nachfrage nach Prostitution zu verringern, indem Käufer bestraft werden, während gleichzeitig Schutz und Unterstützung für die Prostituierten angeboten wird. Das Modell betont auch die Bereitstellung von Hilfen für diejenigen, die aus der Prostitution aussteigen möchten. Letztlich zielt es darauf ab, Menschenhandel zu bekämpfen und die Rechte der Prostituierten zu schützen. Länder wie Norwegen und Island haben bereits dieses Modell übernommen.

Keine Beratung ist unbezahlbar

Kampagne: Investieren statt Kaputtsparen

Petra Klecina, Frauennotruf Hannover

Was in der Stadt Hannover seit geraumer Zeit anvisiert worden ist, nämlich bis 2025 tiefe Einschnitte im Bereich der freiwilligen Leistungen vorzunehmen, ist jetzt konkret: Der Rat hat den Beschluss gefasst, die »freiwilligen Leistungen« um sechs Millionen zu kürzen. Wohlgermerkt: es geht um Kultur, Jugendhilfe, Sport, Soziales. Genauer: Es geht um Kinder, Mädchen und Jungen, Jugendliche und Alte, um Menschen, die wohnungslos sind, die Suchtprobleme haben, die von Gewalt betroffen sind. Es geht auch um die, die einfach Lust haben, sich sportlich zu betätigen oder musikalisch zu bilden, aber eben auch um die, für die die Sorgen um ihre materielle Existenz im Zentrum stehen. All diese Menschen werden in ihren Möglichkeiten drastisch eingeschränkt sein, am gesellschaftlich kulturellen Leben teilzuhaben. Die städtischen Zuwendungen dafür waren nie ausreichend, immer am Limit. Doch mit den jetzt beschlossenen Kürzungen werden viele dieser Bereiche absehbar kaputtgespart.

Was heißt das für Beratungsstellen im Bereich von Gewalt?

Die Zahl der Sexualdelikte in Hannover ist im letzten Jahr um 20 Prozent angestiegen (im Vergleich zu 2021 von 509 auf 606 angezeigte Fälle). Nicht darin enthalten sind Fälle von häuslicher Gewalt und

Taten im Internet. Dies beleuchtet das Helffeld, das Dunkelfeld ist um ein Vielfaches größer. Die Nachfrage nach Beratungen, Fortbildungen und Gruppenangeboten nimmt entsprechend zu und verdichtet schon jetzt unsere Arbeit.

Die »Istanbul Konvention«, d.h. das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist in Deutschland seit 2002 geltendes Recht. Es muss in den Bundesländern und vor allem den Kommunen umgesetzt werden.

Doch was nützen Übereinkommen, Studien zu Ausmaß und Folgen von Gewalt, die vielen guten Kampagnen des Bundes, der Länder und auch in den Kommunen, wenn die konkret praktische Arbeit in den kommunalen Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen nicht durch Erhöhung der Mittel dafür unterstützt wird, sondern im Gegenteil durch deren Kürzungen immer wieder torpediert wird?

Gewalt ist eine Menschenrechtsverletzung und bedroht die innere Sicherheit. Gewalt wiederholt sich. Der Kampf gegen (sexualisierte) Gewalt ist kein Thema allein für gute Zeiten, in denen es etwas zu verteilen gibt. Daraus folgt: das Netz der Unterstützungsangebote muss dicht gewebt sein und die Unterstützungsarbeit braucht Verlässlichkeit, Planbarkeit und Kontinuität. »Freiwillige Leistungen« bedeuten immer Unsicherheit und Unkalkulierbarkeit. Es braucht



vielmehr eine verlässliche, sichere Finanzierung und Dynamisierung der Zuwendungen, damit die vielfältige Versorgungs- und Unterstützungslandschaft weiterhin der Stadtgesellschaft zur Verfügung steht.

Mit den angedrohten drastischen Kürzungen wird ein Signal gegeben, dass das Thema Unterstützung für Betroffene von Gewalt disponibel ist. In guten Zeiten gibt es Geld, in schlechten Zeiten wird halt gestrichen. Ein fatales Zeichen, das dazu führen kann, dass Betroffene sich zurückziehen und eher schweigen.

Der bisherige, gerade auch von der Politik und den Zuwendungsgebern geschätzte, aber auch geforderte Standard in der Angebotspalette kann in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten werden.

Einmal zerschlagene Strukturen und Angebote können nicht wieder in der Form hergestellt werden. Einmal entlassenes qualifiziertes Personal ist nicht wieder zu rekrutieren.

Erfreulicherweise hat sich ein breites Kampagnenbündnis »Investieren statt Kaputtsparen« herausgebildet und unseren Protest bisher schon bunt, kreativ und laut in die Stadtöffentlichkeit getragen und wird es weiter tun.

Wann immer ihr von Protestaktionen des Bündnisses oder von einzelnen Einrichtungen erfahrt, unterstützt es in unserem Widerstand. Denn es betrifft uns alle, die wir hier in Hannover leben. ■

Kontakt:
frauennotruf-hannover.de

LETZTE MELDUNG

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die Verwaltung der Stadt Hannover dem Rat vorschlägt, die geplanten Kürzungen im Zuwendungsbereich nicht umzusetzen. Möglich wurde dies, weil es eine unerwartete Rückerstattung aus der Regionsumlage von der Region Hannover gegeben hat. Gleichzeitig betont die Stadt, dass die »mehr als angespannte finanzielle Lage« nicht überwunden sei. Die Kampagne »Investieren statt kaputtsparen« bewertet dies als Teilerfolg der intensiven Proteste, gleichwohl weisen sie daraufhin, dass es in den Bereichen finanziell und personell immer heftiger klemmt – und dass keine Kürzungen faktisch Abbau heißt. Und es wird ja weitergespart, geplant ist die Schließung von Stadtteilbüchereien und Jugendtreffs und damit bei Angeboten von Bildung, sozialer Begegnung und Kultur für Menschen. Die Kampagne »Investieren statt kaputtsparen« wird sich weiter treffen und sich weiter einmischen! ■ Sabine Wegmann

* Im Anliegen alle vom Patriarchat benachteiligten Menschengruppen zu benennen, steht FLINTA für Frauen, Lesben, intersexuelle, nichtbinäre, trans- und agender Personen.

Kontakt:
Peggy Zander
info@
frauennotruf-hannover.de

UNSER REDEBEITRAG RICHTET SICH AN: DAS PATRIARCHAT.

Rede am 14. Juni 2023 auf der Demonstration auf dem Trammplatz vor dem hannoverschen Rathaus

Das Patriarchat, Herr Kämmerer und Herr Oberbürgermeister, hat uns noch nie etwas geschenkt. Wird es auch jetzt und in Zukunft nicht tun, das wissen wir.

Das Patriarchat, Herr Kämmerer und Herr Oberbürgermeister, hat uns vielmehr so etwas wie Till Lindemann und Rammstein beschert.

Damit wollen Sie sicher nicht in Verbindung gebracht werden, schließlich haben Sie Rammsteins row zero nicht verantwortet.

Nun.

Wir – die feministischen Beratungsstellen, die emanzipatorischen Kulturprojekte, die parteiliche Jugendarbeit und solidarische Gemeinwesenarbeit – MÜSSEN damit zu tun haben: damit, dass in dieser Gesellschaft Männer schlagen, vergewaltigen und belästigen.

Dass wir uns damit auseinandersetzen und betroffene oder potenziell betroffene Frauen, Jugendliche, queere Personen versorgen, ist in der Logik der Politik und Verwaltung eine freiwillige Leistung. WIR machen das aber nicht freiwillig. Wir machen das, weil das Patriarchat uns Diskriminierung, Antifeminismus, Gewalt und Zerstörung beschert. Und Rammstein.

Wir beraten und begleiten, bilden und klären auf, unterstützen und therapieren, vernetzen und organisieren, WEIL ES SO NICHT BLEIBEN DARF. Wir bauen Beratungs- und Awareness-Strukturen, Schutzräume, Bildungsangebote, soziale Netze, Freiräume, Kunst und Kultur, WEIL ES DAS NÖTIGSTE IST, der Regelsatz für eine solidarische Gesellschaft, das zwischenmenschliche Existenzminimum, das Mindeste für ein Leben in Würde.

Viele junge Männer finden Gewalt gegen Frauen, reaktionäre Geschlechterrollenvorstellungen und Homofeindlichkeit wieder normal und gut, wie uns eine aktuelle Studie zeigt.

Junge FLINTA-Personen, also die potenziell Betroffenen, finden das nicht – das ist die gute Nachricht. Diesen*

Umstand verdanken wir nicht – Sie ahnen es – dem Patriarchat.

Das Bewusstsein für problematisches Männerverhalten und die Strukturen zum Schutz – im persönlichen Umfeld, im Nachtleben, im öffentlichen Raum – sind keine Errungenschaft patriarchaler gesellschaftlicher Institutionen. Sie sind erkämpft und wir dürfen sie nicht hergeben – nicht in der Beratung, nicht in der Jugend- und Bildungsarbeit, nicht in Kunst und Kultur.

Bei allem Er kämpften und allen Errungenschaften: Rammstein und die jungen Männer zeigen uns (nicht nur) heute, dass wir weiterhin vor Problemen stehen.

Die Sparpläne der Politik und Verwaltung sind Teil des Problems.

Werden Sie Teil der Lösung!

Casten Sie Frauen, Jugendliche, Ältere, Arme, Queere... nicht in die row zero einer antiemanzipatorischen Sparpolitik!

Und wenn Sie, Herr Kämmerer, wie üblich im Sachzwang-Lamento geneigt sind zu fordern »Wenn wir da nicht kürzen, sagt uns wo wir es sonst tun sollen«, dann antworten wir: Nein, so etwas sagen wir nicht, wir stellen uns nicht in Konkurrenz.

Machen Sie Ihren Job doch auch mal etwas couragiert, wir machen's schon – und haben genug zu tun.

Dabei werden wir uns von neoliberaler Logik, Ressourcen-Verknappung und einer gefälligen Verteilungspraxis nicht spalten lassen. Ein Fall – aber keineswegs Einzelfall – wie Rammstein trifft die Jugend, die Kultur, die feministische Beratungs- und Unterstützungsarbeit. Was wir tun, können wir nur gemeinsam, ohne einander gelingemanzipatorische Projekte nicht.

Was wir dafür brauchen, sind Solidarität und Haltung statt Konkurrenz und Peniskanonen. ■ Peggy Zander

Mut statt stiller Wut, ziviler Ungehorsam statt Angst



Foto: GlücksAtelier

Beim 24. Familiengerichtstag in Bonn am 22.9.23 unterstützte der emeritierte Rechtswissenschaftler Prof. Ludwig Salgo die Aktion der Bundesinitiative Frauen für Gewaltschutz. Obwohl im Tagungszentrum ein straffes Programm zu bewältigen war, fand er Zeit für unsere Kundgebung und für ein erstes Statement zur Tagung. Eine wichtige Rolle spielen in den Gesprächen die Qualifikation von Richter*innen und Verfahrensbeistand*innen. Seit 40 Jahren drängt der Rechtswissenschaftler darauf, Qualifikationsstandards für die genannten Berufsgruppen einzuführen. »Doch die Umsetzung verläuft sehr zäh«, sagt Prof. Salgo. Noch immer werde mit unwissenschaftlichen Methoden gearbeitet, bestellen Richter Verfahrensbeistände und Gutachter, die der PAS-Theorie anhängen. Wenn ein Kind sich weigere, den Umgang wahrzunehmen, darf keine Gewalt angewendet werden. Doch da werde mit Tricks gearbeitet. Deshalb sei es besonders wichtig, noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich festzulegen, dass der Satz »Jeder Umgang dient dem Kindeswohl« ergänzt werden muss: »Dies gilt nicht bei häuslicher Gewalt.«

Bettina Schneider, Bundesinitiative zur Umsetzung der Istanbul Konvention

Seit sechs Jahren ist die Istanbul-Konvention geltendes Recht in Deutschland. Doch bis heute wird sie in Familiengerichten und bei Jugendämtern kaum berücksichtigt. Wir brauchen Mut statt stiller Wut, zivilen Ungehorsam statt Angst, wir brauchen einen starken Feminismus, um unsere gleichberechtigte Teilhabe als Frauen in unserer Gesellschaft durchsetzen zu können.

»Wie können Familiengerichte Schauplatz solch ungeheuerlicher Formen von Gewalt gegen Mütter und Kinder sein, und das ungestraft?«

Diese Frage stellte am 22. Juni 2023 die UN-Sonderberichterstatterin Reem Alsalem in ihrer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf, als sie ihren Bericht »Custody, violence against women and violence against children« übergab. Eine Dokumentation, die die institutionelle Gewalt und das ungeheure Leid betroffener Kinder und ihrer Mütter sowie eine absurde Täter-Opfer-Umkehr an den Familiengerichten aufzeigt. Dieses Vorgehen wurde als Menschenrechtsverletzung deklariert und von über 80 Staaten als solche anerkannt. Deutschland schweigt dazu!

Schutzräume der Kinder werden verletzt

Auch weiterhin wird hier Müttern das Sorgerecht entzogen, weil sie die erlebte Gewalt durch den Vater gegen sich und die Kinder anzeigen. Die Basis dafür bilden längst widerlegte unwissenschaftliche Ideologien von PAS (Parental-Alienation-Syndrome) und Bindungsintoleranz¹, die sich hartnäckig in den Köpfen von Richter:innen, Gutachter:innen, Verfahrensbeiständen und Jugendamtsmitarbeiter:innen halten. Auch weiterhin werden teils mit größter Brutalität oft gleich mehrere Kinder gegen ihren ausdrücklichen Willen noch aus dem Gerichtssaal, aus dem Unterricht oder aus ihren Kinderzimmern zu den Tätern verfrachtet.

Seit dem Jahr 2000 ist eine gewaltfreie Erziehung nach § 1631 BGB gesetzlich verankert. Der Staat aber darf Gewalt gegenüber Kindern anwenden? Die Schutzräume der Kinder und ihrer Seelen werden durch Familiengerichte und ihr Helfersystem auf das Größte verletzt, die Frauen später mit großer Härte aus dem Leben ihrer Kinder ausgeschlossen.

Der Schutz der Täter steht über dem Kindeswohl

Es gilt immer und zu jeder Zeit die Annahme des guten Grundes. Ein Kind, welches den Umgang mit seinem Vater verweigert, weil es Gewalt gegen sich und die Mutter erlebt hat, hat einen guten Grund! In Deutschland steht aber der Täterschutz über allem, das Umgangsrecht des Täters über dem Kindeswohl. Zur größten Gefahr für das Kindeswohl werden derzeit die Jugendämter selbst, die den Opferschutz aushebeln, ihrer Beratungspflicht mehr schlecht als recht nachkommen und sich anmaßen, gerichtliche Beschlüsse einfach außer Kraft setzen zu dürfen.

Wenn Frauen in die Fänge familiengerichtlicher Verfahren geraten, erleben sie nur allzu oft, wie gegen das Grundgesetz verstoßen wird, die UN-Menschenrechts- und die UN-Kinderrechts- sowie die Istanbul-Konvention nicht die geringste Rolle spielen. Ja, es wird regelmäßig in den Institutionen gegen diese erkämpften Werte verstoßen. Und das macht wütend!

Tagtäglich leisten wir Frauen Gewaltiges: Doch im Gerichtssaal werden wir wie Schwerverbrecherinnen behandelt, unserer Würde nach einer gewaltvollen Beziehung ein weiteres Mal beraubt. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass sich die institutionelle Gewalt besonders gegen gut ausgebildete Frauen richtet: Da leidet die Kinderärztin plötzlich an Münchhausen by Proxy², die Studienrätin kann ihre Kinder nicht ausreichend fördern. Es langt, wenn der Vater im Gerichtssaal irgendeine Behauptung in den Raum wirft – sofort fühlen sich alle Verfahrensbeteiligten befähigt, Diagnosen zu stellen. Vorwürfe werden so ungeprüft zu Tatsachen erklärt und festgeschrieben.

Da geht es nicht ums Kindeswohl, diesem nicht definierten Rechtsbegriff, der von den Verfahrensbeteiligten ohnehin nur nach eigenem Gutdünken ausgelegt wird. Es geht um Macht! Es geht um den Erhalt des Patriarchats!

Im vergangenen Jahrzehnt wurden die an Verfahren Beteiligten intensiv mit unwissenschaftlichem Gedankengut geschult. So jagen immer mehr Verfahrensbeistände – sogenannte Anwält:innen des Kindes- mit missionarischem Eifer den Dogmen des rechtspopulistischen Väteraufbruchs³ hinterher, dem sie in zunehmender Anzahl angehören, anstatt sich ihrer eigentlichen Aufgabe zu stellen, den Willen des Kindes zu erkunden und ins Verfahren einzubringen.

Immer wieder werden Frauen durch Richter:innen bedroht und erpresst. So

wird beispielsweise den Müttern mit dem Entzug des Sorgerechts gedroht, sollten sie dem Wechselmodell nicht zustimmen. Oder sie werden erpresst, einen Antrag auf Ordnungsgeld gegen den Vater zurückzuziehen. »Entweder sie machen das freiwillig oder ich verfasse den Beschluss so, dass das Kind nie wieder etwas von ihnen wissen will.« Wohl wissend, dass das Kind jeden Beschluss, jeden Schriftsatz vom Vater zum Lesen bekommt. Das bleibt nicht ohne Folgen! Viele Frauen haben Angst, sich öffentlich gegen diese Repressalien zu wehren, Angst, ihre Kinder ganz zu verlieren. Das ist nachvollziehbar. Und doch ist Angst ein schlechter Ratgeber. Da hilft nur ziviler Ungehorsam, die Fälle müssen öffentlich werden, Frauen müssen sich zusammenschließen und auf die Straße gehen. Wir sollten uns ein Beispiel an den mutigen Frauen in Spanien nehmen.

Wir müssen unsere Wut in Mut umwandeln, wir brauchen einen starken Feminismus in diesem Land, nur so können wir unsere Kinder schützen. ■

1) PAS (Parental-Alienation-Syndrome) und Bindungsintoleranz: Das PAS oder »Entfremdungssyndrom«, oft auch als »Bindungsintoleranz« bezeichnet, ist eine 1985 erfundene Theorie ohne nach-

weisliche wissenschaftliche Basis, die darauf abzielt, Mütter in Sorgerechtsverfahren zu diskreditieren. Die PAS-Theorie wurde von Richard Gardner, einem amerikanischen Psychiater erfunden und war von Anfang an dazu gedacht, Vätern, die ihre Kinder missbrauchen, zu schützen. Gardner vertrat die Ansicht, Väter müssten sich nicht schuldig fühlen, wenn sie ihre Kinder missbrauchen, es sei eine Praxis, die in vielen Ländern üblich sei. Den Kindern sollte unter anderem schlicht erklärt werden, dass sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern nichts Schlimmes sei. Zusätzlich mahnte er, dass die Kinder den sexuellen Kontakt auch initiiert haben könnten, den Vater also verführt haben könnten. Den Müttern der missbrauchten Kinder empfahl er, sich für den Täter sexuell ansprechbarer zu verhalten. Unterdessen wird der Begriff Bindungsintoleranz nur gegen Mütter verwendet. Ihnen wird von vornherein unterstellt, sie würden ihre Kinder einer Art Gehirnwäsche unterziehen und ihnen einreden, der Vater wäre schlecht, sie so entfremden.

2) Münchhausen by Proxy oder Münchhausen-Stellvertretersyndrom: Es wird unterstellt, die Bezugsperson, meist die Mutter, macht ihr Kind absichtlich krank, sie erfindet Krankheiten oder übersteigert sie. Diese Störungen sind äußerst selten, schätzungsweise sind ca. 0,2–1 % der in einem Krankenhaus aufgenommenen Personen davon betroffen.

3) <https://correctiv.org/aktuelles/haeusliche-gewalt/2023/09/19/die-netzwerke-der-vaeter-rechtler/>

Der Bonner Künstler Dennis Josef Meseg unterstützte die Aktion der Bundesinitiative zur Umsetzung der Istanbul Konvention – Frauen für Gewaltschutz während des 24. Familiengerichtstages im September in Bonn. An drei Tagen baute er seine Installation von 333 Figuren, die auf den Missbrauch an Kindern hinweisen sollen, auf dem Münsterplatz auf. Sie blickten durch das Bonner Münster direkt zum Familiengericht.

Foto: Nieves Wagner

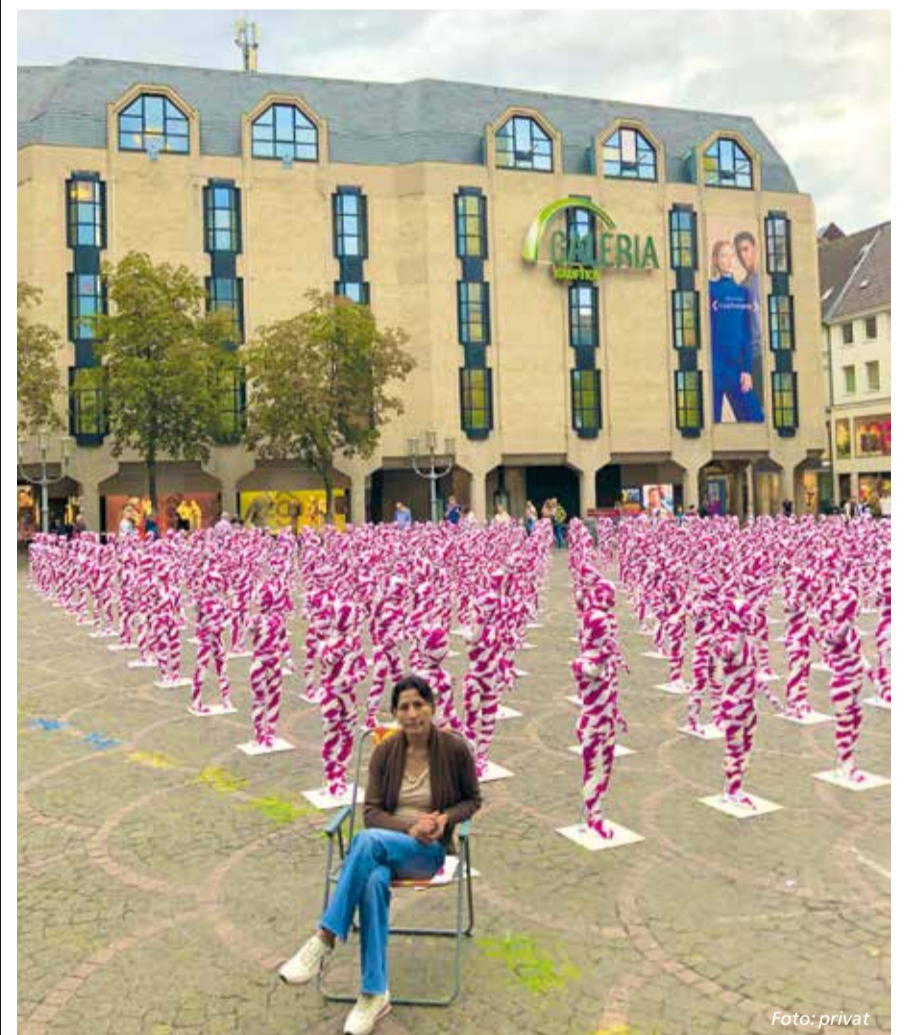


Foto: privat

FORDERUNGEN DER BUNDESINITIATIVE ZUR UMSETZUNG DER ISTANBUL KONVENTION – FRAUEN FÜR GEWELTSCHUTZ

- die sofortige Umsetzung der IK unter Beachtung des GREVIO-Berichts vom Oktober 2022
- die sofortige Bildung eines bundesweiten Untersuchungsausschusses, der die beim UN-Menschenrechtsrat in Genf eingereichten Fälle untersucht und neu aufrollt
- Familienrecht darf im Studium keine Randnotiz mehr sein
- eine Qualifizierungsinitiative für Familienrichter:innen, Fortbildung muss zur Pflicht werden, diese muss unabhängig erfolgen, sie darf nicht durch Vertreter:innen der Väterrechtsbewegung durchgeführt werden
- keine Einzelrichter am Amtsgericht in hochstrittigen Fällen
- einheitliche Vorgaben und verbindlichen Standards für den Erwerb der Qualifikation für Verfahrensbeistände und Gutachter
- Gutachter und Verfahrensbeistände müssen künftig nach einem rotierenden Verfahren durch die jeweiligen Justizministerien der Länder bestellt werden
- eine funktionierende Fachaufsicht der Jugendämter, damit diese nicht mehr mit unkontrollierbarer Macht das Leid der Kinder vergrößern und sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren – **den Schutz der Kinder**, nicht der Täter.

Kontakt:
schneiderbettina@gmx.net

Grenzenloser Machtmissbrauch

Ich klage an: den patriarchalen Justizapparat

Bettina Schneider, Bundesinitiative zur Umsetzung der Istanbul Konvention

Es ist Monatsende. Zwei Frauen – nennen wir sie Frau X und Frau Y – haben einen Monat lang gearbeitet. Nein, nicht einfach so. Sie haben in zwei, drei Jobs gerackert, denn sie sind unterhaltspflichtig für ihre Kinder. Und sie wollen, dass es ihren Kindern gut geht. Beide schauen also auf ihre Gehaltsabrechnung: bei Frau X ist zu lesen – Auszahlung NULL. Bei Frau Y ist der Betrag so gering, dass sie nicht weiß, wie sie Miete, Strom und Essen zahlen soll.

Sofort ist es wieder da, dieses Hämmern im Kopf, dieses Staccato: »Ich werde dich vernichten und ich gebe erst Ruhe, wenn du am Boden liegst!«

Beide Frauen haben es gewagt, sich aus einer gewaltvollen Beziehung zu tren-

nen. UND: sie haben diese Gewalt angezeigt. Sehr schnell waren sich Richter, Gutachter, Verfahrensbeistände einig, diese Frau will ihrem Mann was Böses, die Gewalt hat sie sich nur ausgedacht. Schnell waren sie die Kinder und das Sorgerecht los. Seit Jahren dürfen sie ihre Töchter und Söhne nicht mehr sehen, »der Vater will sie nicht im Leben seiner Kinder«. So die Aussage einer Verfahrensbeiständin! Also werden sie zu Unterhaltszahlerinnen und erfüllen ihre Pflicht im Gegensatz zu vielen unterhaltspflichtigen Vätern.

Erst kürzlich veröffentlichte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Zusammenhang mit der Kindergrundsicherung folgende Zahlen: 50 Prozent der Väter zahlen gar

keinen, 25 Prozent nicht den festgelegten und nur 25 Prozent zahlen regelmäßigen Unterhalt. Während Frauen es unglaublich schwer haben, ausstehendes Geld für ihre Kinder einzufordern, dürfen Väter hier ihre – dieses Mal – finanzielle Macht demonstrieren.

Im umgekehrten Fall bedienen Männer sich der herrschenden Machtstrukturen, der Unterstützung durch die Gerichtsbarkeit können sie sich gewiss sein. Ja, es ist möglich, den Pfändungsfreibetrag bei ausstehendem Unterhalt herabzusetzen. Dabei spielt es keine Rolle, wie dieser – zum Beispiel als Folge von Krankheit durch jahrelange Gewalt – zu Stande gekommen ist. Doch der Gesetzgeber sagt mit dem Paragraphen 850 d ZPO auch, dem Schuldner ist jedoch so viel zu belas-

sen, wie er für seinen notwendigen Unterhalt benötigt. Es darf nicht dazu führen, dass er oder sie in eine Lage kommen, in der sie auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Es dürfte also gar nicht sein, dass Frau X gar nichts und Frau Y so wenig erhalten, dass beide nicht wissen, wie sie den Monat überstehen. Hilfe dürfen sie vom Staat in dieser Situation nicht erwarten, denn er setzt die begonnene häusliche Gewalt mit institutioneller und finanzieller Gewalt fort. Selbst Widersprüche gegen diese Pfändungsbeschlüsse werden abgewiesen. Sie werden also auch weiterhin diesem grenzenlosen Machtmissbrauch ausgesetzt sein. Dieses »Ich werde dich vernichten« wird sie dabei von Monat zu Monat begleiten. ■

Kontakt:
schneiderbettina@gmx.net

Selbstermächtigung von Betroffenen von Zwangsprostitution

Kobra e.V.

Bei Kobra e.V. (Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel), finden Betroffene mit diversen Lebensgeschichten den Weg in die Beratungsstelle.

Innerhalb der Zwangsprostitution haben die Betroffenen ein extremes Ausmaß an physischer und psychischer Gewalt erlebt und wurden ihrer Menschenrechte beraubt.

Während der Beratung stellen wir oft eine Traumatisierung fest.

Im Beratungsprozess werden die Klient*innen auf ihre Rechte hingewiesen. Für einige bedeutet dies, dass sie sich wieder für ihre Rechte einsetzen, andere kommen zum ersten Mal in ihrem Leben mit ihren Rechten in Berührung. Das Bewusstsein über eigene Rechte und der Umgang damit, sieht daher ganz unterschiedlich aus.

Für einige Klient*innen war es bereits in ihrem Heimatland aufgrund der Sozialisation, der Missachtung von Menschenrechten, vor allem von Frauen- und queeren Rechten, sehr schwierig für sich einzustehen und einen selbstbestimmten Weg einzuschlagen.

So ging es auch Hope aus Liberia, die vor Krieg, Armut, weiblicher Genitalverstümmelung und Zwangsheirat geflohen ist. In ihrem Heimatland konnte sie als Frau

ihre Rechte nie wahrnehmen. Hope hat sich in ihrem Heimatland gegen weibliche Genitalverstümmelung eingesetzt und potenziell Gefährdete aufgeklärt. In Deutschland führt sie diese Arbeit auch nach ihrem erlebten Menschenhandel weiter und ermächtigt damit nicht nur sich selbst. Sie hilft auch anderen dabei, Aufklärung zu erfahren und dieser Menschenrechtsverletzung entgegen zu treten. In Zukunft plant Hope eine Ausbildung, um finanziell nicht weiter vom Sozialamt abhängig zu sein.

Aber auch Betroffene, die in Deutschland aufgewachsen sind, ihre Rechte kennen und wahrnehmen konnten, werden dieser in der Zwangsprostitution beraubt.

So ging es auch Lena, die lange Zeit durch die Loverboy-Methode in der Zwangsprostitution tätig war. In dieser Zeit war sie schwerer Demütigung ausgesetzt und sie existierte nur noch in der Abhängigkeit zum Täter. Sich aus dieser komplexen Abhängigkeit zu befreien, kostete sie viel Zeit und vor allem Kraft. Lena hat sich Hilfe von Kobra e.V. gesucht. Sie entschied sich, weiterhin in der Prostitution tätig zu sein. Nun war es ihr wichtig legal zu arbeiten und ihre Arbeitsbedingungen selber zu bestimmen und zu organisieren. Kobra e.V. hat ihr die entsprechenden Anlaufstellen vermittelt. Heute erzählt sie stolz davon, finanziell unabhängig zu sein.



Foto: Foto: CanvaPro@JacobLund

Hope und Lena waren beide von Zwangsprostitution betroffen, konnten sich aus der Zwangslage befreien und haben sich Hilfe gesucht. Sie waren es sich wert, etwas an ihrer Situation zu verändern. Auch wenn die Lebenswege von Hope, Lena und vielen weiteren Betroffenen

sehr unterschiedlich sein können, finden sie selbstermächtigt, passend zur eigenen Lebenswelt statt. Kobra e.V. unterstützt sie dabei, ihr ganz eigenes »Lebenskonzept« umzusetzen, sobald dies gewünscht ist. ■

*alle personenbezogenen Daten wurden verändert

Kontakt:
www.kobra-hannover.de

Wir gratulieren der Stadt und uns



Foto: wikipedia/JürgenG

50 Jahre lebt Hannover nun schon mit Sophie, Charlotte und Caroline. Die drallen bunten Frauenfiguren von Niki de Saint Phalle, die das hohe Ufer zum Tanzen bringen, waren nicht von Beginn an geliebte Mitbewohnerinnen. Ihre Installation 1974

löste heftigste Proteste der Stadtgesellschaft aus.

Die den patriarchalen Zuschreibungen mit Heiterkeit widersprechenden Frauenkörper schienen den Zeitgeist getroffen zu haben: »Der Feminismus kam gerade auf,



Foto: privat (Foto eines Plakats des Sprengelmuseums Hannover)

und auch wenn ich nie offiziell in der Frauenbewegung war, bin ich durch und durch Feministin. Das war in meinem Leben immer ein starker Motor.« (Niki de Saint Phalle)

Und der war zu Beginn ihres künstlerischen Schaffens viel radikaler als die heite-

re Provokation, die sie mit den Nanas präsentierte. »Ich war wütend auf die Männer, auf die Gesellschaft.«

Niki Saint Phalle wurde Anfang der 1960er Jahre bekannt durch ihre »Schießbilder«-Aktionen. Vor Publikum schoss sie mit Pistolen auf Farbbeutel, die in weiße Gipsreliefs eingebettet waren, und löste damit Farbexplosionen aus, die Gestaltungswegweiser für daraus entstehender Kunstwerke wurden.

»Sie sprengte die Grenzen in einer von Männern dominierten Kunstszene und wurde selbst zu einer der bedeutendsten Künstlerinnen ihrer Generation. [...]

Ihr künstlerischer Schaffensdrang speiste sich aus der Wut gegen eine von patriarchalen Strukturen durchdrungene Gesellschaft, der sie mit ihrem offeneren, provokanten Schaffen den Kampf ansagte.« (Katharina Dohm, Kuratorin der Niki de Saint Phalle Ausstellung in der Schirn in Frankfurt 2023) ■ Jutta Meyer-Siebert

Am 8. und 9. März 2024 finden Veranstaltungen zu »50 Jahre Nanas in Hannover« statt. Näheres in der Tagespresse oder bei www.hannover.de

OMAS GEGEN RECHTS-Hannover Land Sieben (Kleinstädte) auf einen Streich!

Eva, Kristine und Jutta, OMAS GEGEN RECHTS Hannover Land

Wo ist das – auf dem Land? Als OMAS GEGEN RECHTS haben wir uns in sieben Kleinstädten rund um Hannover zusammengefunden. Wir sind aktiv in Barsinghausen, Garbsen, Gehrden, Seelze, Springe, Wennigsen und Wunstorf.

Seit Oktober 2021 treffen wir uns regelmäßig in zwei Gruppen in Barsinghausen und Garbsen, agieren unabhängig voneinander, aber kooperieren gut miteinander.

Das massive Auftreten der »Montags-spaziergänger*innen« mit ihrem Demo-Tourismus in den Kleinstädten war für uns die Herausforderung, dies nicht länger still zu ertragen, sondern lautstark dagegen zu halten und damit für unsere Demokratie einzustehen.

Gesicht zeigen

Und wie das auf dem Land so ist... wir kennen uns persönlich oder wenigstens vom Sehen. Deshalb kannten und erkannten wir Teilnehmer*innen bei den »Spaziergänger*innen«: Nachbarn aus dem gleichen Ortsteil, das Ratsmitglied der AfD. Sie waren dabei und marschierten mit. Auch sie kennen uns, versteht sich. Wir begegnen uns beim Bäcker oder im Supermarkt. Manchmal reden wir auch miteinander.



Foto: privat

Hier auf dem Land können wir uns nicht in die Anonymität flüchten, hier müssen wir im wahrsten Sinn des Wortes »Gesicht zeigen« und tun dies auch.

Zeitzeuginnen

Unsere fast 90jährige OMA Ruth hat den Krieg als Kind mit erlebt und einen Vater und Brüder gehabt, die unter Hitler beim

Militär waren. Sie erzählt als Zeitzeugin in der Schule von den Schrecken des Krieges und den Auseinandersetzungen in der Familie. Den Jugendlichen deutlich zu machen, wie wertvoll unsere Demokratie ist und wie wichtig, sie zu »pflegen«, auch dann, wenn Dinge besser laufen könnten in der Gesellschaft, ist ihr Ziel.

Und OMA Ingrid, die mit ihrer Mutter und

Geschwistern aus Hinter-Pommern geflüchtet ist: Sie berichtet davon, wie schwer es ist, auf der Flucht zu sein ohne feste Bleibe und mit ständiger Angst vor Bombenangriffen, dann fremd und arm zu sein, abgelehnt zu werden und immer wieder neu anfangen zu müssen.

Wir setzen uns ein FÜR

Respekt vor anderem Denken, für die Demokratie, für Toleranz gegenüber allen Religionen, für Frieden in der Welt, für eine enkeltaugliche Zukunft, für Europa, für die Achtung der Würde und Chancengleichheit aller Menschen. Wir wollen nicht, dass unsere Enkel uns eines Tages fragen, inwiefern wir von der politischen Entwicklung in unserem Land etwas gewusst haben und was wir unternommen haben.

Erkennbar

Wir treten bewusst gut sichtbar auf mit unseren weißen Buttons oder Westen, Bannern und Plakaten. Dadurch sind wir, auch wenn wir nur wenige sind, gleich zu erkennen und nehmen deutlich Stellung.

Denn wir sind GEGEN

rechte Gesinnung, Nationalismus, religiösen Fanatismus, Antisemitismus, Islamophobie, Rassismus, Gewalt an Frauen, Ausgrenzung von Minderheiten. ■

Schon zwei OMAS sind eine Gruppe

Wir unterstützen und rufen auf zur Bildung vieler OMAS-Gruppen auf dem Land und freuen uns, dass in letzter Zeit viele Frauen Interesse an unserer Initiative zeigen.

Hier findet ihr mehr zu unserer Arbeit:

<https://omasgegenrechts-nord.de/2024/01/30/oma-werden-gruppen/>

Kontakt: OgR-Hann-Land@posteo.de

Aspekte und Ansichten zu Demokratie

Ina Neufrau

Ina aus unserem Bündnis hat sich nach der Diskussion um unser Thema: »Ohne Feminismus keine Demokratie« damit beschäftigt, woher der Begriff Demokratie herkommt. Hier ihre Überlegungen dazu:

Laut Wikipedia entstammt es vom altgriechisch demokratia Volksherrschaft. Im Sinne der Teilhabe aller an der politischen Willensbildung.

Bei den Haudenosaunee (Irokesen) auf dem Nordamerikanischen Kontinent wurde zwischen 1450 und 1500 eine Föderation von Deganawidah, einem Führer der Irokesen, und Mohawk-Sachems Hiawatha gebildet, um dem jahrelangen Gemetzel verfeindeter Stämme ein Ende zu setzen. Heute wird die Föderation 6-Nationen-Bund oder Irokesen-Liga genannt, in der einstimmig beschlossen wird. Ihre Regeln haben sie auf Wampum-Gürteln fixiert, die unseren geschriebenen Gesetzestexten vergleichbar sind.

Abraham Lincoln besuchte die Haudenosaunee, wobei er von deren Verfassung erfuhr. Er verstand Demokratie 1863 als »Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk«. Trotzdem waren die Präsidenten an dem Genozid der Ureinwohner beteiligt.

»Bekanntermaßen hatten wir hier die Demokratie, bevor die Europäer kamen. Aber unsere Demokratie war von Spiritualität erfüllt... Wir hatten Achtung vor der unterschiedlichen Lebensweise anderer Menschen... Sie haben den Geist aus der Demokratie entfernt. Deshalb kann diese Demokratie nie richtig funktionieren, denn es fehlt die Achtung. Nach den Vorstellungen der amerikanischen Eingeborenen hat jeder von uns seinen eigenen Geist. Deshalb ist jeder von uns anders. Als die Europäer nach Amerika kamen und studieren wollten, wie wir vorgehen, lernten viele Leute unser System schätzen,...zeigten die Eingeborenen den Europäern, wie man einen Verwaltungsbezirk einrichtet, ohne dass eine einzelne Person ihn kontrolliert und indem jeder eine Stimme in der Gemeinschaft hat.«

Zitat von Slow Turtle vom Volk der Wampanoag, aus dem Buch »Stimmen der Weisheit«, von Steven McFadden.

Wie kam nach 1945 die Demokratie wieder nach Deutschland?

Nach dem 2. Weltkrieg übernahmen die Besatzungsmächte die Neuordnung. 1948 wurde eine verfassungsgebende Versammlung einberufen, die eine demokratische Verfassung mit bundesstaatlichem Aufbau für die Westzonen ausarbeiten sollte. Dazu gehörte auch die Gewaltenteilung:

- Die Legislative ist die Gesetzgebung durch das Parlament,
- die Judikative ist die Rechtsprechung durch unabhängige RichterInnen,
- die Exekutive ist die ausübende Gewalt durch Regierung, Verwaltung, Polizei usw.

Bei der Entstehung des Grundgesetzes von 1949 bat die amerikanische Besatzungsmacht nachdrücklichsten um einen föderalistischen Neubau West-Deutschlands.

Wenn die USA einen Teil Ihrer Verfassung von den Haudenosaunee übernommen hätten, dann wäre damit auch unsere Demokratie von den Haudenosaunee eingefärbt, anstelle des Mehrheitsbeschlusses würde der Konsens stehen.

Da heutzutage in den demokratischen Ländern eher die Männer zu Wort kommen, werden Entscheidungen also mehrheitlich von ihnen getroffen. Somit hat die Hälfte der Gesellschaft, also die Frauen, das Nachsehen. Sie werden das von Männern Beschlossene dann nicht so energisch unterstützen.

Wenn eine Gesellschaft oder Gruppe nicht einheitlich hinter einem Beschluss steht, schwächt das die Durchsetzungskraft dieser Gruppe.

»Die Frauen wurden nicht um Rat gefragt. Frauen besaßen kein Land. Sie waren nicht berechtigt Land zu besitzen... Wie kann eine Verfassungsstruktur vollkommen sein, wenn weder von Seiten der Kinder noch von Seiten der Frauen Einflussmöglichkeiten bestehen?«

Zitat von Lorraine Canoe vom Volk der Mohawk, aus dem Buch »Stimmen der Weisheit«, von Steven McFadden.

Demzufolge sind die politische Teilhabe und Entscheidungsgewalt überwiegend an den männlichen Interessen orientiert.

»Das Recht anders zu sein« ist ein ganz anderer Denkansatz und demzufolge ein ganz anderer Umgang miteinander als davon auszugehen »Alle sind gleich«. In unserer Demokratie werden Frauen in vielen Bereichen unzureichend berücksichtigt. Demnach ist diese Demokratie eine Männerkratie. ■

Kontakt: I.Neufrau@gmx.de

... und es betrifft uns alle



Blinde rechte Augen.

Zeichnung: Caymami

BÜNDNISPARTNER*INNEN

AWO Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.

DGB DGB-Region Niedersachsen-Mitte

3WF 3WF Hannover – Forum für eine andere Welt e.V.

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover

Flüchtlingsrat Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Frauen Tribunal e.V. (Hamayesch)

Frauenzentrum Laatzen Frauenzentrum Laatzen

GEW GEW Kreisverband Region Hannover

Friedensbüro Hannover Friedensbüro Hannover

La Rosa Internationaler Frauentreff La Rosa

kargah e.V. kargah e.V.

Frauentreffpunkt Hannover Frauentreffpunkt Hannover

La Strada Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen

Pavillon Kulturzentrum Pavillon

Phoenix PHOENIX Beratungsstelle für Prostituierte

Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung

Referat für Frauen und Gleichstellung der LHH

kobra Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel e.V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Team Gleichstellung Region Hannover

ver.di ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser

Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Blantyre e.V.

Diese Zeitung wird finanziert von:

AWO Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

DGB Region Niedersachsen-Mitte

GEW Gewerkschaften

Landeshauptstadt Hannover

Region Hannover

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

ver.di ver.di

Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Blantyre e.V.

ver.di ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser

ver.di ver.di